

# **VERGABEUNTERLAGE**

## **VERGABEVERFAHREN**

**Errichtung eines FTTB-Netzes auf Rügen  
(Offenes Verfahren)**

**Interne Vergabe-Nr. 2026\_0128**

**Stand: 13.05.2026**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>I. Auftraggeber und Kontaktstelle .....</b>	<b>4</b>
1. Auftraggeber.....	4
2. Kontaktstelle .....	4
<b>II. Projektbeschreibung.....</b>	<b>4</b>
1. Einleitung.....	4
2. Projektgebiet.....	5
<b>III. Teilnahme- und Angebotsbedingungen .....</b>	<b>7</b>
1. Wahl und Ablauf des Vergabeverfahrens .....	7
1.1. Wahl des Vergabeverfahrens .....	7
1.2. Kommunikation während des Vergabeverfahrens .....	8
1.3. Ablauf des Vergabeverfahrens.....	8
1.3.1. Prüfung der Eignung der Bewerber.....	8
1.3.2. Nachforderung von Unterlagen, § 16a EU VOB/A.....	9
1.4. Änderungen der Vergabeunterlage.....	9
1.5. Sprache .....	10
1.6. Kosten.....	10
1.7. Zuschlagskriterium .....	10
a. Bewertung Angebotspreis.....	11
b. Bewertung Umsetzungskonzept.....	11
1.8. Nebenangebote .....	12
1.9. Ausschluss von Angeboten.....	12
1.10. Aufhebung der Ausschreibung .....	12
1.11. Rechtsschutz.....	12
2. Bietergemeinschaften.....	14
3. Inanspruchnahme von Nachunternehmern/Eignungsleihe .....	15
3.1. Eignungsleihe, § 6d EU VOB/A .....	15
3.2. Nachunternehmereinsatz .....	16
4. Erstellung und Einreichung des Angebotes.....	16
5. Abgabe des Leistungsverzeichnisses und Produktdatenblätter / Fabrikatsangaben .....	23
6. Einzureichende Unterlagen, Nachweise und Angaben auf gesondertes .....	24
Verlangen der Vergabestelle .....	24
<b>IV. Vertragsbedingungen.....</b>	<b>26</b>

<b>1. Rechtliche Grundlagen des Verfahrens</b> .....	26
<b>2. Allgemeine Vertragsbedingungen</b> .....	28
<b>3. Besondere Vertragsbedingungen</b> .....	28
<b>3.1. Ausführungsfristen (§ 9 EU VOB/A, § 5 VOB/B)</b> .....	28
<b>3.2 Vergütung bei Über- und Unterschreitung des Mengenansatzes</b> .....	28
<b>3.3 Behinderungsanzeigen</b> .....	29
<b>3.4 Rechts- und Gerichtsstandsvereinbarung</b> .....	29
<b>3.5 Nachunternehmereinsatz nach Zuschlagserteilung</b> .....	30
<b>3.6 Salvatorische Klauseln</b> .....	30
<b>4. Zusätzliche Vertragsbedingungen</b> .....	30
<b>5. Sonstiges</b> .....	30
<b>V. Anlagen</b> .....	31

## I. Auftraggeber und Kontaktstelle

### 1. Auftraggeber

Auftraggeber der verfahrensgegenständlichen Bauausschreibung ist:

Zweckverband Wasserversorgung  
und Abwasserbehandlung Rügen  
Putbuser Chaussee 1  
18528 Bergen auf Rügen

### 2. Kontaktstelle

Kontaktstelle der verfahrensgegenständlichen Bauausschreibung ist:

WIRTSCHAFTSRAT Recht Bremer & Woitag  
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH  
Bleichenbrücke 11  
20354 Hamburg  
RA Marcus Dettmann  
Tel.: +49 40 350036-0  
Fax: +49 40 350036-136  
E-Mail: [m.dettmann@wr-recht.de](mailto:m.dettmann@wr-recht.de)

## II. Projektbeschreibung

### 1. Einleitung

Der Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Rügen (nachfolgend auch „ZWAR“, „Zweckverband“ oder Auftraggeber) beabsichtigt auf der Insel Rügen den Bau einer passiven Netzinfrastruktur zur Erschließung der Haushalte und Gewerbebetriebe mit FTTB in den dunkelgrauen Flecken.

Um eine flächendeckende Breitbandversorgung umsetzen zu können, hat der Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Rügen einen Förderantrag an das Bundesministerium Digitales und Verkehr (BMDV) auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 31.03.2023 („Gigabit-Richtlinie 2.0“) gestellt. Der Zweckverband erhielt mit Datum vom 06.11.2023 einen vorläufigen Zuwendungsbescheid des BMDV (**Anlage 01 Vorläufiger Zuwendungsbescheid des Bundes**), inklusive Anlagen (**Anlage 02 Anlagen zu dem vorläufigen Zuwendungsbescheid des Bundes**).

Darüber hinaus nimmt der Zweckverband Mittel der Landesförderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Anspruch und hat hierfür bereits den Förderbescheid des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern vom 11.12.2024 in vorläufiger Höhe (**Anlage 03 Vorläufiger Bescheid Land MV**) erhalten.

Mit dieser Ausschreibung sollen für die Errichtung des Breitbandnetzes die Leistungen des Tiefbaus und der Kabelmontage an ein geeignetes Unternehmen vergeben werden.

Nach aktuellem Planungsstand sind folgende Mengen für das Projektgebiet anzunehmen:

<u>Anzahl HA (Stück)</u>	<u>Tiefbautrasse (km)</u>
ca. 2.982 Stück	ca. 140 km

Die genauen Mengen für die gegenständlichen Auftrag können dem Leistungsverzeichnis entnommen werden. Das Leistungsverzeichnis wird als **PDF-Datei (Anlage 04a\_Leistungsverzeichnis\_Lesefassung)** und als **GAEB-Datei (Anlage 04b\_Leistungsverzeichnis\_GAEB)** zur Verfügung gestellt.

## **2. Projektgebiet**

Der ZWAR wurde im Jahre 1992 gegründet. Ihm gehören aktuell 39 Städte und Gemeinden an. In den Kerngebieten des Verbandsgebietes ist der Glasfaserausbau bereits zu einem Großteil abgeschlossen.

In folgenden Bereichen wird ein passives Glasfaser- und Leerrohrnetz entstehen:

- Zirkow:
  - Straßen Am Anger, Am Kapellenberg, Bergener Straße, Binzer Straße, Darzer Weg, Jasmunder Straße, Putbuser Straße, Schnellhornweg und Wiesengrund
- Lancken-Granitz:
  - Straßen Am Mühlenberg, Bäckertrift, Dorfstraße, Fritz-Furthmann-Weg und Wiesenweg;
  - Ortsteile Burtevitz und Preetz;
- Gustow:

Teilnahme- und Vertragsbedingungen für die Ausschreibung „Errichtung eines FTTB-Netzes auf Rügen“ (Interne Vergabenummer: 2026\_0128)

- Straßen Alte Bäderstraße, Am Lärchenbusch, Am Mühlenberg, Am Prosnitzer Wald, Dorfstraße, Gartenweg, Kirchweg, Nesebanzer Weg, Neue Straße und Strelasundblick;
- Gingst:
  - Straßen Ummanzer Chaussee, Hermann-Matern-Straße, Mühlenstraße, Johann-Gottlieb-Picht-Straße und Am Cavellin;
- Dreschvitz:
  - Straßen und Straßenteile Moorberg, Dorfstraße, Marinesiedlung und Gingster Chaussee;
  - Ortsteil Güttn;
- Patzig:
  - Straßen Am Mönchsoll, Bergstraße, Dorfstraße, Enge Straße, Heideweg, Hofstraße und Waldweg
  - Ortsteile Veikvitz und Woorke;
- Ralswiek:
  - Ortsteil Augustenhof
- Samtens:
  - Anbindung Kläranlage Güttn
- Altenkirchen:
  - Straßen Altenkirchener Chaussee, Am Teich, An der Kirche, Dr. Osten Straße, Ernst-Thälmann-Straße, Karl-Marx-Platz, Kleine Straße, Marktstraße, Max-Reimann-Straße, Neue Straße, Schulstraße, Straße des Friedens und Werner-Seelenbinder-Straße
- Glowe:
  - Straßen Alt Glowe, Am Dünenwald, Am Hafen, Am Königshörn, Am Kliff, Am Kurpark, Am Kurplatz, Am Pappelwald, Am Süßling, Am Wall, An den Boddenwiesen, Boddenweg, Dünenresidenz, Espenweg, Fischerweg,

Hautstraße, Ostseepark, Rügenradio, Waldstraße, Waldsiedlung und Wittower Heide

- Breege:
  - Straßen Am Hafen, Am Kurpark, Am Waldwinkel, Badeweg, Bernsteinpark, Boddenweg, Deichallee, Dorfstraße, Fischerweg, Hochzeitsberg, Parkweg, Ringstraße, Schipperweg, Sonneck, Waldweg, Wieker Weg und Wittower Straße
  - Ortsteile: Lobkevitz, Kammin und Schmantevitz-Kammin
- Sagard:
  - Ortsteile Neuhof, Promoisel, Quatzendorf und Teile von Vorwerk
- Sassnitz:
  - Straßen Gewerbepark, Waldhalle, Stubbenkammer, An der B96, Campingplatz Birkengrund, Försterei Hagen,
  - Ortsteile Blieschow, Buddenhagen, Dargast, Droseviz, Klementelviz, Rusewase, Forsthaus Werder und Werder
  - Ortsteil Mukran: Fährhafen Mukran, Alt Reetz, An der Kaikante, Baltische Straße, Fährnd Mukran, Im Fährhafen Mukran, Jasmunder Landstraße, Skandinavien-Tor, Spülfeld II, Zum Fährblick

Das auszubauende Projektgebiet kann der zur Verfügung gestellten Übersichtskarten (**Anlage 05a\_Übersichtskarten**) sowie den Shapefiles (**Anlage 05b: Shapefiles**) entnommen werden.

### **III. Teilnahme- und Angebotsbedingungen**

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen EU Teil A (VOB/A EU) sowie dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen – 4. Teil (GWB), sofern die VOB/A EU nichts Abweichendes bestimmt.

#### **1. Wahl und Ablauf des Vergabeverfahrens**

##### **1.1. Wahl des Vergabeverfahrens**

Das hiesige Vergabeverfahren wird als Offenes Verfahren gemäß § 3 Nr. 1 EU VOB/A ausgeschrieben.

Das offene Verfahren ist ein Verfahren, in dem der öffentliche Auftraggeber eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Angeboten auffordert.

## **1.2. Kommunikation während des Vergabeverfahrens**

Die gesamte Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt in **elektronischer Form** über das Deutsche Vergabeportal. Dazu wird das **E-Vergabe-System „Deutsches Vergabeportal“** der Firma COSINEX genutzt.

Das umfasst insbesondere:

- Die Bekanntmachung der Ausschreibung;
- Die Bereitstellung der Vergabeunterlagen;
- Die Kommunikation mit Bietern im Vergabeverfahren (Bieteranfragen, Bieterinformationen etc.);
- Die Angebotsabgabe;
- Die Angebotsöffnung;
- Die Kommunikation mit den Bietern im Nachgang (Angebotsaufklärung, Informationsschreiben, ggf. Nachforderung von Unterlagen, Ausschlüsse aus dem Vergabeverfahren etc.);
- Die Protokollierung des gesamten Verfahrens.

Fragen zu diesem Verfahren und der Vergabeunterlage sind über das **E-Vergabe-System „Deutsches Vergabeportal“** der Firma COSINEX zu stellen:

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9CMK5F>

**Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass der öffentliche Auftraggeber keine mündlichen Auskünfte erteilt. Die Kommunikation erfolgt nur über die dafür vorgesehene Kommunikationseinrichtung des vorgenannten Vergabeportals.**

## **1.3. Ablauf des Vergabeverfahrens**

### **1.3.1. Prüfung der Eignung der Bewerber**

Bei einem Offenen Verfahren wird eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Angeboten aufgefordert. Jedes interessierte Unternehmen kann ein Angebot abgeben.



Die Prüfung der Eignung der Bieter richtet sich nach den Vorgaben des § 6 EU VOB/A. Danach werden öffentliche Aufträge an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben, die nicht nach § 6e EU ausgeschlossen worden sind.

Ein Unternehmen ist geeignet, wenn es die durch den öffentlichen Auftraggeber im Einzelnen zur ordnungsgemäßen Ausführung des Auftrags festgelegten Kriterien (Eignungskriterien) erfüllt.

**Die Eignungskriterien sind der veröffentlichten Auftragsbekanntmachung zu entnehmen. Der Bieter hat innerhalb der festgelegten Angebotsfrist alle geforderten Eignungsnachweise den Vorgaben entsprechend einzureichen.**

### **1.3.2. Nachforderung von Unterlagen, § 16a EU VOB/A**

Der Auftraggeber wird unter Berücksichtigung des nachfolgenden Nachforderungsumfanges Unterlagen nachfordern.

Der Nachforderungsumfang bemisst sich hierbei nach der Vorschrift § 16a EU VOB/A. Der öffentliche Auftraggeber muss Bieter, die für den Zuschlag in Betracht kommen, unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen -insbesondere- Erklärungen, Angaben oder Nachweise - nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen -insbesondere- Erklärungen, Produkt- und sonstige Angaben oder Nachweise - nachzureichen oder zu vervollständigen.

Die Unterlagen sind vom Bieter nach Aufforderung durch den öffentlichen Auftraggeber innerhalb einer angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen. Die Frist soll sechs Kalendertage nicht überschreiten.

Angebote, die den Bestimmungen des § 13 EU Absatz 1 Nummer 3 nicht entsprechen, sind auszuschließen.

### **1.4. Änderungen der Vergabeunterlage**

Soweit bis zum Ablauf der Angebotsfrist Änderungen an den Vergabeunterlagen bzw. klarstellende Informationen erforderlich werden, werden diese Änderungen/Bieterinformationen ebenfalls in elektronischer Form – wie diese Unterlagen – über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt. Es stehen jeweils die aktuelle Version der Vergabeunterlage sowie alle Bieterinformationen zur Verfügung.

Es obliegt dem Bieter, eventuelle Änderungen nachzuverfolgen und sein Angebot auf Basis der aktuellen Version der Unterlagen zu erstellen. Soweit ein Angebot auf Grundlage einer

anderen als der zuletzt eingestellten Version der Unterlagen abgegeben wird, kann dies zum Ausschluss des Angebotes führen.

### 1.5. Sprache

Das Angebot ist in **Textform** und **deutscher Sprache** abzufassen und über die elektronische Vergabeplattform abzugeben, indem die erforderlichen Unterlagen je einzeln und mit Bezeichnung des Inhalts als PDF-Datei über das dafür vorgesehene „Bietertool“ hochgeladen werden, alternativ ist auch die Abgabe in einem gesamten Dokument als PDF-Datei möglich.

Das Angebot ist **elektronisch** einzureichen unter:

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9CMK5F>

### 1.6. Kosten

Für die im Zusammenhang mit der Angebotserstellung entstehenden Kosten wird keine Entschädigung gestellt.

### 1.7. Zuschlagskriterium

Der Auftraggeber wird die Angebote anhand der nachfolgenden Zuschlagskriterien bewerten. Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot unter Berücksichtigung der Zuschlagskriterien erteilt.

#### **Zuschlagskriterien für die Wertung der Angebote:**

Nr.	Bezeichnung des Zuschlagskriteriums	Gewichtung in %	Bewertung Punkte	Max. erreichbare Punkte	Bemerkung
1.	Angebotspreis	75%	10	750	Bewertungsmethode siehe unter „a. Bewertung Angebotspreis“
2.	Umsetzungskonzept	25%	10	250	Bewertungsmethode siehe unter „b. Bewertung Umsetzungskonzept“
	<b>Gesamt</b>	<b>100</b>		<b>1000</b>	

#### **a. Bewertung Angebotspreis**

Der Bieter mit dem geringsten ausgewiesenen Wert erhält die Höchstpunktzahl. Die weiteren Bieter erzielen daher eine Bewertungspunktzahl nach nachfolgender Formel:

$(\text{Geringster Wert} / \text{Wert des weiteren Bieters}) \times 10$

Es werden nur ganze oder halbe Punktzahlen vergeben; ab 0,25 bzw. 0,75 Punkten wird aufgerundet.

**Das Ergebnis nach der vorstehenden Formel (Bewertungspunktzahl) wird mit der in der Bewertungsmatrix aufgeführten Gewichtung multipliziert.**

#### **b. Bewertung Umsetzungskonzept**

Für die Vorgaben zur Erstellung des Umsetzungskonzeptes wird auf die Ausführungen unter Ziffer III, 4. „Darstellung der geplanten Umsetzung (Umsetzungskonzept)“ dieses Dokuments verwiesen. Die Punkteermittlung der Bewertungspunkte erfolgt für das vorgelegte Konzept nach den folgenden Kriterien:

0 Punkte

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Auftraggebers nicht plausibel nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die geforderte Leistung nicht erbracht werden kann.

4 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Auftraggebers weniger gut nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die geforderte Leistung nur in geringen Teilen erbracht werden kann.

6 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Auftraggebers gut nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die geforderte Leistung in Teilen erbracht werden kann.

8 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Auftraggebers sehr gut nachvollzogen werden. Es ist erkennbar, dass die Leistung in großen Teilen erbracht werden kann.

10 Punkte:

Die Ausführungen im Konzept können aus Sicht des Auftraggebers vollständig nachvollzogen werden und sind plausibel. Es ist erkennbar, dass die Leistung vollumfänglich erbracht und optimal umgesetzt werden kann.

**Die erreichte Bewertungspunktzahl wird mit der in der Bewertungsmatrix aufgeführten Gewichtung multipliziert.**

### **1.8. Nebenangebote**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

### **1.9. Ausschluss von Angeboten**

Der Ausschluss von Angeboten richtet sich nach § 16 EU VOB/A. Danach sind auszuschließen:

- **Angebote, die nicht fristgerecht eingegangen sind,**
- **Angebote, die den Bestimmungen des § 13 EU Absatz 1 Nummer 1, 2 und 5 nicht entsprechen,**
- **Angebote, die die geforderten Unterlagen im Sinne von § 8 EU Absatz 2 Nummer 5 nicht enthalten, wenn der öffentliche Auftraggeber gemäß § 16a EU Absatz 3 festgelegt hat, dass er keine Unterlagen nachfordern wird. Satz 1 gilt für Teilnahmeanträge entsprechend,**
- **Angebote, bei denen der Bieter Erklärungen oder Nachweise, deren Vorlage sich der öffentliche Auftraggeber vorbehalten hat, auf Anforderung nicht innerhalb einer angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorgelegt hat. Satz 1 gilt für Teilnahmeanträge entsprechend,**
- **nicht zugelassene Nebenangebote sowie Nebenangebote, die den Mindestanforderungen nicht entsprechen,**
- **Hauptangebote von Bietern, die mehrere Hauptangebote abgegeben haben, wenn der öffentliche Auftraggeber die Abgabe mehrerer Hauptangebote in der Auftragsbekanntmachung oder in der Aufforderung zur Interessensbestätigung nicht zugelassen hat,**
- **Nebenangebote, die dem § 13 EU Absatz 3 Satz 2 nicht entsprechen,**
- **Hauptangebote, die dem § 13 EU Absatz 3 Satz 3 nicht entsprechen.**

### **1.10. Aufhebung der Ausschreibung**

Nach § 17 EU Abs. 1 VOB/A kann die Ausschreibung aufgehoben werden, wenn:

1. kein Angebot eingegangen ist, das den Ausschreibungsbedingungen entspricht,
2. die Vergabeunterlagen grundlegend geändert werden müssen,
3. andere schwerwiegende Gründe bestehen.

### **1.11. Rechtsschutz**

In Bezug auf die Rechtsschutzmöglichkeiten von Bietern gelten die §§ 155 ff. GWB.

Zu beachten ist insbesondere § 160 GWB:

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

In Bezug auf Form und Inhalt des Nachprüfungsantrags gilt nach § 161 GWB:

- (1) Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen.
- (2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

**Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:**

**Vergabekammern des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei**

**dem Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit**

**E-Mail: vergabekammer@wm.mv-regierung.de**

**Telefon: 038558815164**

**2. Bietergemeinschaften**

Bei der Bildung von Bietergemeinschaften sind die beteiligten Unternehmen zu benennen. Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch. Bei Vorliegen von Bietergemeinschaften ist das Formblatt 234\_ "Erklärung der Bieter-/ Arbeitsgemeinschaft" (**Anlage 06\_Formblatt 234**) **mit dem Angebot** abzugeben.

Alle beteiligten Unternehmen (Mitglieder einer Bietergemeinschaft) haben **mit dem Angebot** das Formblatt 124\_Eigenerklärung zur Eignung (**Anlage 07\_Formblatt 124**) oder den Nachweis der Präqualifizierung (Angabe der Präqualifikationsnummer) einzureichen.

Im Falle von Bietergemeinschaften sind die geforderten unternehmensbezogenen Eignungsnachweise gemäß der Auftragsbekanntmachung entsprechend von den Mitgliedern der Bietergemeinschaft mit dem Angebot einzureichen.

Darüber hinaus haben alle beteiligten Unternehmen (Mitglieder einer Bietergemeinschaft) **mit dem Angebot** folgende Nachweise abzugeben:

- die Erklärung Russland-Sanktionen (**Anlage 08\_Eigenerklärung Russlandsanktion**);
- Erklärungen\_nach\_Tariftreue-\_und\_Vergabegesetz\_MV\_Stand\_05-06-2025\_final (**Anlage 09a**)
- Verpflichtungen\_nach\_Tariftreue-\_und\_Vergabegesetz\_MV\_Stand\_05-06-2025\_final (**Anlage 09b**)
- die Erklärung zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen\_Bund (**Anlage 10 Erklärung Kenntnisnahme Zuwendungsvoraussetzungen Bund**);
- die Erklärung zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen\_Land (**Anlage 11 Erklärung Kenntnisnahme Zuwendungsvoraussetzungen Land**);

### **3. Inanspruchnahme von Nachunternehmern/Eignungsleihe**

#### **3.1. Eignungsleihe, § 6d EU VOB/A**

So wie in § 6d EU Abs. 1 VOB/A geregelt, kann sich ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen (Eignungsleihe). Dies ist **mit dem Angebot** klarstellend zu erklären.

Für den Fall der Eignungsleihe hat der öffentliche Auftraggeber zu überprüfen, ob das zur Eignungsleihe herangezogene Unternehmen die entsprechende Anforderung an die Eignung im Sinne des § 6a EU VOB/A erfüllt. Für die Überprüfung hat der Bieter denjenigen in der Auftragsbekanntmachung geforderten Nachweis für die entsprechende Eignungsanforderung (wirtschaftliche und finanzielle oder berufliche und technische Leistungsfähigkeit, siehe Auftragsbekanntmachung) von dem zur Eignungsleihe herangezogenen Unternehmen zur Feststellung der Eignung **mit dem Angebot** einzureichen. Sollte das zur Eignungsleihe herangezogene Unternehmen präqualifiziert sein, ist **mit dem Angebot** der Nachweis der Präqualifikation (Angabe der Präqualifikationsnummer) abzugeben.

Bereits **mit dem Angebot** ist für diesen Fall auch eine Erklärung des zur Eignungsleihe herangezogenen Unternehmens vorzulegen, ob Ausschlussgründe gemäß § 6e EU VOB/A (**Anlage 07**) vorliegen.

Nimmt der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ (**Anlage 12\_Formblatt 236**) **auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle** einzureichen. Darüber hinaus hat der Bieter **auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle** für das eignungsleihende Unternehmen (von diesem abgegeben) die Erklärungen:

- die Erklärung Russland-Sanktionen (**Anlage 08\_Eigenerklärung Russlandsanktion**);
- Erklärungen\_nach\_Tariftreue-\_und\_Vergabegesetz\_MV\_Stand\_05-06-2025\_final (**Anlage 09a**)
- Verpflichtungen\_nach\_Tariftreue-\_und\_Vergabegesetz\_MV\_Stand\_05-06-2025\_final (**Anlage 09b**)

einzureichen.

Sofern die Eignung durch Eignungsleihe und auch im Übrigen festgestellt wurde, richten sich die weiteren Vorgaben für die Abgabe von Angeboten unter Einsatz von Nachunternehmern (sowohl mit oder ohne Eignungsleihe) nach den nachfolgenden Ausführungen zu Ziffer 3.2.

### 3.2. Nachunternehmereinsatz

Sofern ein Bieter Nachunternehmer einsetzen möchte, hat er **mit dem Angebot** das Formblatt 235\_Weitergabe von Leistungen an Nachunternehmer (**Anlage 13\_Formblatt 235**) ausgefüllt einzureichen. Dies sowohl für den Nachunternehmereinsatz ohne Eignungsleihe als auch für den Fall, dass es sich bei dem Nachunternehmer um ein eignungsleihendes Unternehmen im Sinne der Ziffer 3.1 handelt (Nachunternehmereinsatz mit Eignungsleihe).

**Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle** haben die Bieter zu einem von der Vergabestelle zu bestimmenden Zeitpunkt die allgemeine Eignung der von ihm angegebenen Nachunternehmen nachzuweisen. Hierzu gehören die Abgabe des Formblattes 124\_Eigenerklärung der Eignung (**Anlage 07**) oder der Nachweis der Präqualifikation (Angabe der Präqualifikationsnummer), ergänzt durch die mit der Auftragsbekanntmachung geforderten auftragsspezifischen Einzelnachweise.

**Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle** haben die Bieter zu einem von der Vergabestelle zu bestimmenden Zeitpunkt das Formblatt 236\_Verpflichtungserklärung der von ihm benannten Nachunternehmer (**Anlage 13**) sowie die folgenden Erklärungen Nachunternehmers einzureichen:

- die Erklärung Russland-Sanktionen (**Anlage 08\_Eigenerklärung Russlandsanktion**);

### 4. Erstellung und Einreichung des Angebotes

Bei der Erstellung des Angebotes sind zwingend alle Vorgaben des öffentlichen Auftraggebers zu beachten. Dazu gehören neben den Vorgaben aus der Bekanntmachung, insbesondere die Vorgaben der zur Verfügung gestellten **aktuellen Vergabeunterlage** sowie das Formblatt 211 EU (Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes) (**Anlage 14\_Formblatt 211\_ EU Aufforderung zur Angebotsabgabe**) und das Formblatt 212 EU (Teilnahmebedingungen EU) (**Anlage 15\_Formblatt 212\_ Teilnahmebedingungen für die Vergabe von Bauleistungen**).

Der Bieter/die Bietergemeinschaft hat **mit dem Angebot darüber hinaus u.a. folgende Angaben und Unterlagen abzugeben:**

<b>Lfd. Nr.</b>	<b><u>Nachweis</u></b>	<b><u>Anlagenbezeichnung</u></b>
<b>1.</b>	Die Erklärung zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen_ Bund.  <b><u>Hinweis:</u></b> (Im Falle einer Bietergemeinschaft haben alle Mitglieder die vorgenannte Erklärung mit dem Angebot einzureichen.)	<b>Anlage 10</b>



2.	<p>Die Erklärung zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen_ Land.</p> <p><b>Hinweis:</b> (Im Falle einer Bietergemeinschaft haben alle Mitglieder die vorgenannte Erklärung mit dem Angebot einzureichen.)</p>	<b>Anlage 11</b>
3.	<p>Die Erklärungen nach Tariftreue und Vergabegesetz MV (Stand_05-06-2025)</p> <p><b>Hinweis:</b> (Im Falle einer Bietergemeinschaft haben alle Mitglieder die vorgenannte Erklärung mit dem Angebot einzureichen.)</p>	<b>Anlage 09a</b>
4.	<p>Erklärung Verpflichtungen nach Tariftreue- und Vergabegesetz MV (Stand_05-06-2025)</p> <p><b>Hinweis:</b> (Im Falle einer Bietergemeinschaft haben alle Mitglieder die vorgenannte Erklärung mit dem Angebot einzureichen.)</p>	<b>Anlage 09b</b>
5.	<p>Die Eigenerklärung Russland-Sanktion.</p> <p><b>Hinweis:</b> (Im Falle einer Bietergemeinschaft haben alle Mitglieder die vorgenannte Erklärung mit dem Angebot einzureichen.)</p>	<b>Anlage 08</b>
6.	Das Formblatt 213_ Angebotsschreiben.	<b>Anlage 16</b>
7.	<p>Das Leistungsverzeichnis als PDF-Datei (Anlage 04a) <u>und</u> als GAEB-Datei (Anlage 04b).</p> <p><b>Hinweis:</b> <b>Bitte beachten Sie, dass das einzureichende Leistungsverzeichnis unter Nennung der Fabrikats- und Preisangaben vollständig ausgefüllt werden.</b></p>	<b>Anlage 04a und 04b</b>
8.	<p><u>Produktdatenblätter</u></p> <p>Sofern im Leistungsverzeichnis gefordert, sind in einzelnen Positionen Produktfabrikate anzugeben und anzubieten. Die angebotenen Fabrikate sind in den entsprechenden Positionen anzugeben (s. Positionen in den Leistungsverzeichnissen). Mit dem Angebot ist zu den, in der jeweiligen Positionen dort angegebenen Produktfabrikaten das jeweils dazugehörige <b>Produktdatenblatt</b> einzureichen. Es ist eine Zuordnung der Produktdatenblätter zu den jeweiligen Positionen in dem Leistungsverzeichnis zu gewährleisten.</p>	

9.	<p><u>Nachunternehmereinsatz ohne Eignungsleihe</u></p> <p>Im Falle des Nachunternehmereinsatzes hat der Bieter das Formblatt 235 (Weitergabe von Leistungen an Nachunternehmer) unter Nennung der Namen der für die Ausführung einzelner Teilleistungen vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben.</p>	Anlage 13
10.	<p><u>Nachunternehmereinsatz mit Eignungsleihe</u></p> <p>Im Falle des Nachunternehmereinsatzes hat der Bieter das Formblatt 235 (Weitergabe von Leistungen an Nachunternehmer) unter Nennung der Namen der für die Ausführung einzelner Teilleistungen vorgesehenen Nachunternehmer abzugeben.</p>	Anlage 13
11.	<p><u>Bietergemeinschaft</u></p> <p>Bei der Bildung von Bietergemeinschaften sind die beteiligten Unternehmen zu benennen. Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch. Bei Vorliegen von Bietergemeinschaften ist das Formblatt 234 "Erklärung der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft" mit dem Angebot abzugeben.</p> <p>Darüber hinaus haben alle beteiligten Unternehmen (Mitglieder einer Bietergemeinschaft) <b><u>mit dem Angebot</u></b> folgende Nachweise abzugeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Erklärung Russland-Sanktionen (<b>Anlage 08 Eigenerklärung Russlandsanktion</b>);</li> <li>• Erklärungen_nach_Tariftreue-_und_Vergabegesetz_MV_Stand_05-06-2025_final (<b>Anlage 09a</b>)</li> <li>• Verpflichtungen_nach_Tariftreue-_und_Vergabegesetz_MV_Stand_05-06-2025_final (<b>Anlage 09b</b>)</li> <li>• die Erklärung zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen_Bund (<b>Anlage 10 Erklärung Kenntnisnahme Zuwendungsvoraussetzungen Bund</b>);</li> <li>• die Erklärung zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen_Land (<b>Anlage 11 Erklärung Kenntnisnahme Zuwendungsvoraussetzungen_Land</b>);</li> </ul>	Anlage 06

--	--	--

Die Angebote müssen alle geforderten Erklärungen und Nachweise enthalten. Die Angebote sind auf Grundlage der aktuellen Version der Vergabeunterlage zu erstellen. Diese sind verbindliche Grundlage der Angebote. Änderungen an der Vergabeunterlage sind unzulässig. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

Soweit Preisnachlässe gewährt werden, gehen diese nur in die Angebotswertung ein, wenn sie ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und an der im Angebotsschreiben (**Anlage 213**) bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Teil des Angebotes und werden im Falle einer Auftragserteilung Vertragsbestandteil.

Ferner haben der Bieter/die Bietergemeinschaft **mit dem Angebot** folgende Angaben vorzunehmen:

<b>Lfd. Nr.</b>	<b><u>Kriterium</u></b>	<b><u>Anforderung</u></b>
<b>1.</b>	<b>Bautrupps</b>	<p>Aus den Ausschreibungsunterlagen geht hervor, dass der Auftragnehmer die ausgeschriebene Bauleistung innerhalb des vorgesehenen Zeitraumes zu realisieren hat. Dies kann nur erreicht werden, wenn der Auftragnehmer hinreichend Kapazitäten bereitstellt.</p> <p><b>Der Bieter hat daher mit dem Angebot mitzuteilen, wie viele Einheiten Bautrupps unter Angabe der Anzahl der einzusetzenden Maschinen und unter Angabe der Anzahl der Mitarbeiter nebst Nennung der Aufgabenbereiche, für die Auftragsdurchführung eingesetzt werden sollen.</b></p> <p>Ein Bautrupp ist eine Einheit von Personal und Maschinen, die prinzipiell in der Lage sein muss, die ausgeschriebenen Arbeiten vollumfänglich und ohne weitere externe Hilfe zu erbringen.</p>
<b>2.</b>	<b>Projektplan/Bauablaufplan</b>	<p><b><u>Mit dem Angebot</u></b> hat der Bieter einen Bauablaufplan/Projektplan unter Berücksichtigung der nachfolgenden Voraussetzungen einzureichen:</p> <p><b><u>Der Bauablaufplan hat eine Zeitplanung in Kalenderwochen und Kilometerleistung zu beinhalten, die die detaillierte Darstellung der Bauzeiten unter Beachtung</u></b></p>

		<p><b><u>der vorgegebenen Termine für die Bindefrist, die Ausführung und die Fertigstellung beinhalten.</u></b></p> <p>Notwendig ist eine Angabe des geplanten Einsatzes an Maschinen und Personal zur Umsetzung des vom Auftraggeber vorgegebenen Rahmenterminplanes. Bei der Erstellung des Bauablaufplanes/Projektplanes hat der Bieter die hälftig beauftragte Trassenlänge und die hälftig fertiggestellten Hausanschlüsse darzulegen.</p> <p>Nach Zuschlagserteilung ist sodann ein Bauzeitenplan einzureichen, der sich an den aus dem Projektplan ergebenden Fristen und Meilensteinen zu halten hat.</p> <p>Die Fristen für den Ausführungsbeginn und die Fertigstellung sowie die sich aus dem Bauzeitenplan ergebenden Einzelfristen sind Vertragsfristen im Sinne des § 5 Abs. 1 VOB/B.</p>
3.	<b>Sprachkenntnisse</b>	<p>Während der Bauausführung ist zwischen allen Projektbeteiligten und mit den Anwohnern eine einwandfreie Kommunikation erforderlich. Die Kommunikation hat daher in deutscher Sprache zu erfolgen. Die Amtssprache in Deutschland ist deutsch.</p> <p>Die reibungslose Projektumsetzung macht es erforderlich, dass Absprachen zu Bauabläufen und zur Verkehrssicherung mit Amtsträgern getroffen und auch protokolliert werden. Neben der Projekt- und Bauleitung muss folglich jeder einzusetzende Bautrupp mindestens ein Mitarbeiter (bevorzugt Kolonnenführer, Polier, Vorarbeiter), der die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrscht, aufweisen.</p> <p><b><u>Der Bieter hat daher mit dem Angebot jeweils ein entsprechendes Zertifikat (min. Klassifizierung B1 oder gleichwertig) einzureichen. Alternativ kann der Bieter eine entsprechende Eigenerklärung abgeben. Mit der Eigenerklärung hat der Bieter schriftlich zu versichern, dass pro Bautrupp der einzusetzende Kolonnenführer, Polier oder Vorarbeiter sowie die Projekt- und Bauleitung die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Die Eigenerklärung ist auch auf den Einsatz von Nachunternehmern zu erweitern sofern dieser beabsichtigt ist.</u></b></p>

4.	<b>Darstellung der geplanten Umsetzung (Umsetzungskonzept)</b>	<p><b><u>Mit dem Angebot</u></b> hat der Bieter ein Umsetzungskonzept einzureichen, das detailliert beschreibt, wie die vertragsgemäße Erbringung der geforderten Leistung sichergestellt wird. Die im Angebot beschriebene Weise der Ausführung ist Teil der vertraglichen Verpflichtungen.</p> <p>Der Bieter hat im Rahmen des einzureichenden Konzeptes folgende Mindestangaben vorzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Erläuterung zu den eingesetzten Mitarbeitern und Ressourcen: Angabe der Schlüsselpersonen (insb. Bauleiter/Projektleiter) und deren jeweiliger Rolle und Funktion für das Projekt.</b></li> </ul> <p><b><u>Mindestangaben sind:</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Benennung Gesamtverantwortliche/r für alle seitens des Auftragnehmers gestellten Bautrupps (Polier) und Stellvertreter/in Benennung Leiter/in je Bautrupp / Vorarbeiter/in je Bautrupp;</li> <li>➤ Benennung Anzahl der Mitarbeiter/innen je Bautrupp. Benennung der Maschinenausstattung je Bautrupp, insbesondere bei Spezialmaschinen wie Pflug, Horizontalbohrgerät etc. Mindestangaben hier: Bezeichnung und Maschinentyp, Baujahr, bisherige Maschinenstunden.</li> </ul> <li>• <b>Angaben Projektreporting: Tägliche Führung der Bautageberichte, Meilensteine für den Projektablauf unter Berücksichtigung der Abhängigkeiten und Zusammenhänge der Einzelaktivitäten.</b></li> <p><b><u>Mindestangaben sind:</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Arbeitsbeginn und -ende, Anzahl eingesetzte Maschinen inkl. Typangaben, Anzahl eingesetzte Mitarbeiter/innen, Umgang mit besonderen Vorkommnissen, sicherheitsrelevanten Vorkommnissen / Unfallereignissen, geplante Tagesleistung in Meter Trasse, NVT und Schächte, bzw. Stückzahl erschlossene Gebäude/ MFG.</li> <li>➤ Maßnahmen zur Einhaltung des Projektplans.</li> </ul> <li>• <b>Beschreibung der für das Projekt eingesetzten Vermessungsgeräte und für die Dokumentation eingesetzten Software, sowie die Anzahl der dafür</b></li>
----	--	--

		<p><b>vorgesehenen Mitarbeiter sowie deren fachliche Qualifikation.</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Planung der Bauorganisation und Bauabläufe</b></li> </ul> <p><b><u>Mindestangaben sind:</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Angaben zu Baustellenumsetzung bzw. Arbeitsabläufen (z.B. wie viele Baustellen gleichzeitig, Bau der Hausanschlüsse parallel oder erstmal nur die Haupttrassen, Bauberatungen, Art und Weise der Kommunikation mit AG und Kunden)</li> <li>➤ Hausanschlussmanagement (Ablauf für den Bau eines Hausanschlusses: zB. Angaben zu Bündelung der Arbeiten, wenig Kundenverkehr, die geplante Zeit für den Bau eines Hausanschlusses, wie wird wenig Behinderung der Kunden gewährleistet)</li> <li>➤ Angaben zu Maßnahmen für Sicherstellung Einhaltung Bauzeitenplan und Angaben zu Umgang mit witterungsbedingten Bauzeitenverschiebungen</li> </ul> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Geeignete Maßnahmen der Qualitätslenkung und Qualitätssicherung</b></li> </ul> <p><b><u>Mindestangaben sind:</u></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Prozesse zur Sicherstellung der Verwendung ausschließlich freigegebener Materialien sowie Prozesse zur Zulassung geeigneter Nachunternehmer,</li> <li>➤ Durchführung erforderlicher Prüfungen, Messungen und Mitwirkung an Abnahmen,</li> <li>➤ Vorgehen zur prüffähigen Aufmaßermittlung und Abrechnung der erbrachten Leistungen,</li> <li>➤ Ordnungsgemäße Anzeige, Begründung und Abwicklung von Mehr- und Minderleistungen</li> </ul> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Prozesse zur Einhaltung der geltenden Sicherheits-, Ordnungs- und Datenschutzvorschriften</b></li> <li>• <b>Angaben zu systematischen Mängelmanagement bis zur mängelfreien Abnahme.</b></li> <li>• <b>Vorgehen zur vollständige Bestands- und Revisionsdokumentation gemäß den vorgegebenen GIS-Nebenbestimmungen</b></li> <li>• <b>Angaben zu Logistik</b></li> </ul> <p><b><u>Mindestangaben sind:</u></b></p>
--	--	--

		➤ Angaben zu Lagerplätzen, Containern, und geplanten Baubüros. Darüber hinaus sind Angaben zum Verfahren des Vorbereitens und des Räumens der Baustelle zu machen.
--	--	--

**Bitte beachten Sie, dass abweichende Bedingungen, Klauseln oder anderweitige Bestimmungen in den Angeboten des Auftragnehmers keine Berücksichtigung finden und dementsprechend nicht Vertragsbestandteil werden. Es gelten die vom Auftraggeber aufgestellten Angebots- und Vertragsbedingungen.**

## **5. Abgabe des Leistungsverzeichnisses und Produktdatenblätter / Fabrikatsangaben**

Für die einzureichenden Angebote ist das von dem Auftraggeber vorgegebenen Leistungsverzeichnis zu verwenden (**Anlage 04a und 04b**). Änderungen an dem Leistungsverzeichnis können zum Ausschluss des Angebots führen.

Das Leistungsverzeichnis ist als **PDF-Datei** einzureichen. Bieter können für die Angebotsabgabe eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses benutzen, wenn sie den von dem Auftraggeber verfassten Wortlaut des Leistungsverzeichnisses im Angebot als allein verbindlich anerkennen.

Kurzfassungen müssen jedoch die Ordnungszahlen (Positionen) vollzählig, in der gleichen Reihenfolge und mit den gleichen Nummern wie in dem von dem Auftraggeber verfassten Leistungsverzeichnis wiedergeben.

Darüber hinaus ist neben der PDF-Datei – entsprechend der vorstehenden Ausführungen – auch zusätzlich das Leistungsverzeichnis als **GAEB-Datei** einzureichen.

Sofern in den einzelnen Leistungsverzeichnissen (PDF- und GAEB-Datei) in einzelnen Positionen gefordert, sind **Produktfabrikate** anzugeben und anzubieten. Die angebotenen Fabrikate sind in den entsprechenden Positionen anzugeben (s. Positionen in den Leistungsverzeichnissen). **Mit dem Angebot** ist zu den, in den jeweiligen Positionen dort angegebenen Produktfabrikaten, das **jeweils dazugehörige Produktdatenblatt** einzureichen, sofern dies im Leistungsverzeichnis gefordert wird.

**Es ist Aufgabe der Bieter, auch bei Verwendung einer Kurzfassung bzw. einer GAEB-Datei alle von dem Auftraggeber geforderten Erklärungen abzugeben, insbesondere auch verlangte Produktangaben zu machen und die dazugehörigen Produktdatenblätter**







## **IV. Vertragsbedingungen**

### **1. Rechtliche Grundlagen des Verfahrens**

Grundlage der Beauftragung des Konzessionsnehmers sind die Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 31.03.2023 („Gigabit-Richtlinie 2.0“) sowie die Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen in „grauen Flecken“ vom 13.11.2020 („Gigabit-Rahmenregelung“) hierzu. Es wird eine Zuwendung gemäß der Gigabit-Richtlinie in Anspruch genommen, so dass die hiernach auferlegten Auflagen und Nebenbestimmungen von dem Konzessionsnehmer einzuhalten sind.

Mithin ist neben den vorstehend aufgeführten Regelungen der vorläufige Zuwendungsbescheid des Bundes vom 06.11.2023 (**Anlage 01 Vorläufiger Zuwendungsbescheid des Bundes**) nebst Anlagen (**Anlage 02 Anlage zu dem vorläufigen Zuwendungsbescheid des Bundes**) ebenfalls Bestandteil der Beauftragung und der Auftragnehmer zur Einhaltung der entsprechenden maßgeblichen Vorgaben verpflichtet.

Zudem nimmt der Auftraggeber Mittel der Landesförderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Anspruch und hat hierfür bereits den Förderbescheid des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern vom 11.12.2024 in vorläufiger Höhe (**Anlage 03 Vorläufiger Bescheid Land MV**) erhalten. Auch dieser Bescheid inkl. der darin enthaltenen Regelungen sowie der weiteren Bestimmungen, auf die verwiesen wird, sind Gegenstand der Beauftragung und von dem Auftragnehmer zu beachten.

Eine Nichteinhaltung der in den vorstehenden Zuwendungsbescheiden und den dazugehörigen Anlagen und Nebenbestimmungen enthaltenen Vorgaben kann zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen.

Eine entsprechende schriftliche Bestätigung der Kenntnisnahme und Einhaltung sämtlicher Zuwendungsvoraussetzungen jeweils des Bundes und des Landes ist mit dem Angebot einzureichen (**Anlage 10 und 11**).

Aufgrund der Anforderung des Bundes an geförderte Projekte sind neben den vorzitierten Förderbescheiden (Bund/Land) insbesondere folgende Richtlinien und Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung für dieses Projekt verbindlich und müssen daher zwingend bei Errichtung des Breitbandnetzes beachtet werden.

Die Beauftragung des hiesigen Auftrages erfolgt unter Beachtung folgender Bestimmungen:

Teilnahme- und Vertragsbedingungen für die Ausschreibung „Errichtung eines FTTB-Netzes auf Rügen“ (Interne Vergabenummer: 2026\_0128)

- Diese Vergabeunterlage und die dazugehörigen Anlagen
- Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen in „grauen Flecken“ vom 13.11.2020 (Gigabit-Rahmenregelung), (siehe **Anlage 02**)
- Richtlinie für die Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland (Gigabit-Richtlinie 2.0) in der Fassung vom 31.03.2023, Änderung vom 30.04.2024, (siehe **Anlage 02**)
- Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P, Stand: 13.06.2019, GMBI Nr. 19/2019, S. 372), (siehe **Anlage 02**)
- die Besonderen Nebenbestimmungen für die auf Grundlage der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ durchgeführten Antrags- und Bewilligungsverfahren, die Umsetzung von Projekten und dazu gewährte Zuwendungen des Bundes („BNBest-Gigabit“), Stand: 17.10.2022(siehe **Anlage 02**)
- GIS-Nebenbestimmungen, Version 5.1 vom 03.04.2023, (siehe **Anlage 02**)
- Einheitliche Materialkonzept und Vorgaben für die Dimensionierung passiver Infrastruktur im Rahmen des geförderten Breitbandausbaus, Version 5.0.2 vom 02.08.2022, (siehe **Anlage 02**) sowie
- die BHO, insbesondere der §§ 23 und 44 BHO samt den zu ihnen erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV)
- Hinweisblatt Kostenteilung Mitverlegung Hinweisblatt zur Dokumentation der technischen Anlagen und des Baus V. 1 vom 02.06.2022, (siehe **Anlage 02**)
- Hinweise zu Messungen im Projektgebiet vom 26.01.2021, (siehe **Anlage 02**)
- Hinweisblatt Mittelanforderungen für Breitbandausbauprojekte vom 26.04.2021, (siehe **Anlage 02**)
- Leitfaden V. 1 vom 24.04.2023 Umsetzung Gigabit-RL 2.0, (siehe **Anlage 02**)
- Hinweisblatt für Informations- und Kommunikationsmaßnahmen, Version 2.1 vom 01.01.2024(siehe **Anlage 02**)

Zudem sind die ausweislich des Landesförderbescheides vorgegebenen Regelungen und Vorgaben der Landesförderung, (s. **Anlage 03**) in der jeweils geltenden Fassung, zu beachten.

## **2. Allgemeine Vertragsbedingungen**

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (**VOB/B**) und die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (**VOB/C**) sind Bestandteil dieses Vertrages.

## **3. Besondere Vertragsbedingungen**

Die Besonderen Vertragsbedingungen ändern oder ergänzen die Allgemeinen Vertragsbedingungen. Die besonderen Vertragsbedingungen gehen, sofern sich Abweichungen zu den Allgemeinen Vertragsbedingungen ergeben, diesen vor. Besondere Vertragsbedingungen ergeben sich sowohl aus den nachfolgenden Ziffern, als auch aus dem Formblatt 214 (**Anlage 19**).

### **3.1. Ausführungsfristen (§ 9 EU VOB/A, § 5 VOB/B)**

Es gelten die für den Ausführungsbeginn und die Fertigstellung durch den Auftraggeber verbindlich vorgegeben Vertragsfristen im Sinne von § 5 Abs. 1 VOB/B. Hierzu verweisen wir auf das Formblatt 214.

Diese Ausführungsfristen sowie die sich aus dem späteren Bauzeitenplan ergebenden Einzelfristen sind verbindliche Vertragsfristen. Im Übrigen gilt § 5 VOB/B. Für die Verlängerung der Fristen gilt § 6 VOB/B.

### **3.2 Vergütung bei Über- und Unterschreitung des Mengenansatzes**

Ordnet der Auftraggeber Änderungen von Leistungen oder im Vertrag nicht vorgesehene Leistungen an, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, schriftlich die daraus resultierenden Mehrkosten rechtzeitig vor Ausführung in Fortschreibung der Vertragskalkulation mitzuteilen. Die Anzeige muss im Regelfall mindestens 14 Tage vor dem geplanten Ausführungsbeginn erfolgen.

Der Auftragnehmer darf die Arbeiten nicht ausführen, solange der Auftraggeber mit dem Auftragnehmer keine schriftliche Vereinbarung über die kosten- und terminbedingte Preisänderung getroffen hat. Im Interesse einer störungsfreien Abwicklung der Baustelle kann der Auftraggeber im Einzelfall jedoch anordnen, dass der Auftragnehmer die geänderte oder zusätzliche Leistung zunächst ausführt, auch wenn noch keine schriftliche Vereinbarung über die Kosten und Terminauswirkung der Anordnung getroffen worden ist, insbesondere sofern der Auftraggeber dem Grunde nach – allerdings unter dem Vorbehalt der Nachprüfung zur Höhe – Mehrvergütungs- und Terminverlängerungsansprüche anerkennt und/oder die

Ausführung der Leistung auf Grund des Fortgangs der Bauarbeiten zeitlich nicht aufgeschoben werden soll.

Unterlässt der Auftragnehmer nach Anordnung des Auftraggebers, geänderte oder zusätzliche Leistungen auszuführen, die spezifizierte Ankündigung der Mehrkosten oder führt er die Leistungen aus, bevor der Auftraggeber mit dem Auftragnehmer eine schriftliche Preisvereinbarung getroffen bzw. bevor der Auftraggeber die sofortige Ausführung angeordnet hat, hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf Vergütungsanpassung.

Die vorstehenden Formvorschriften sind also Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung von geänderten oder zusätzlichen Leistungen und änderungsbedingten Terminverschiebungen.

Eine Ausnahme gilt nur dann, wenn die sofortige Ausführung der Leistung aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen zwingend erforderlich oder die Anzeige unverschuldet unterblieben ist oder der Auftraggeber eine Preisvereinbarung schuldhaft unterlässt.

Ist zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer streitig, ob eine Leistung zu den vertraglich geschuldeten Leistungen gehört und dementsprechend der Auftraggeber eine Änderungsanordnung treffen muss, gelten die vorstehenden Ausführungen entsprechend. Der Auftragnehmer hat auch in diesem Fall änderungsbedingte Mehrkosten und Terminverschiebungen fristgerecht mitzuteilen.

Der Auftraggeber kann die Ausführung der Leistung unter Hinweis auf seine Rechtsauffassung jederzeit anordnen. Sofern der Auftragnehmer die Mehrkosten und Terminverschiebungen ordnungsgemäß angekündigt hat, ist eine vorherige Preisvereinbarung für den Erhalt seiner Ansprüche nicht erforderlich.

### **3.3 Behinderungsanzeigen**

Behinderungsanzeigen jeglicher Art muss der Auftragnehmer in seinem Bautagebuch erwähnen; die Erwähnung im Bautagebuch gilt jedoch nicht als förmliche Anzeige. Die Anzeige einer Behinderung muss vielmehr in einem gesonderten Schreiben erfolgen. In diesem Schreiben muss sich der Auftragnehmer insbesondere zu dem Grund der Behinderung und möglichen Ausgleichsmaßnahmen erklären. Auch die Beendigung muss vom Auftragnehmer gesondert schriftlich angezeigt werden. Im Übrigen gilt hierzu § 6 VOB/B.

### **3.4 Rechts- und Gerichtsstandsvereinbarung**

Dieser Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Für alle Streitigkeiten aus oder in Zusammenhang mit diesem Vertrag wird als ausschließlicher Gerichtsstand Bergen auf Rügen vereinbart.

### **3.5 Nachunternehmereinsatz nach Zuschlagserteilung**

Der Nachunternehmereinsatz nach erfolgter Zuschlagserteilung bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Die Zustimmung ist nicht notwendig bei Leistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist. Erbringt der Auftragnehmer ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Leistungen nicht im eigenen Betrieb, obwohl sein Betrieb darauf eingerichtet ist, kann der Auftraggeber ihm eine angemessene Frist zur Aufnahme der Leistung im eigenen Betrieb setzen und erklären, dass er nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen werde. Im Übrigen gilt § 4 VOB/B.

### **3.6 Salvatorische Klauseln**

Alle Vereinbarungen, die zur Ausführung des Auftrages getroffen werden, sind schriftlich niederzulegen.

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam, undurchführbar oder nichtig sein oder nach Vertragsabschluss werden, so bleibt die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages unberührt. An Stelle der unwirksamen, undurchführbaren oder nichtigen Bestimmungen soll diejenige wirksame und durchführbare Regelungen treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit den unwirksamen bzw. undurchführbaren bzw. nichtigen Bestimmungen verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

## **Ende der besonderen Vertragsbedingungen.**

### **4. Zusätzliche Vertragsbedingungen**

Hierzu wird auf die Ausführungen in den Vorbemerkungen des Leistungsverzeichnisses (**Anlage 04a**) verwiesen.

### **5. Sonstiges**

#### **HINWEIS:**

**Bitte beachten Sie, dass abweichende Bedingungen, Klauseln oder anderweitige Bestimmungen in den Angeboten des Auftragnehmers keine Berücksichtigung finden und dementsprechend nicht Vertragsbestandteil werden. Es gelten die vom Auftraggeber aufgestellten Angebots- und Vertragsbedingungen.**

## **V. Anlagen**

- Anlage 01: Vorläufiger Zuwendungsbescheid des Bundes vom 06.11.2023
- Anlage 02: Anlagen Zuwendungsbescheid Bund
- Anlage 03: Vorläufiger Bescheid Land MV vom 11.12.2024
- Anlage 04a: Leistungsverzeichnis\_Lesefassung
- Anlage 04b: Leistungsverzeichnis\_GAEB
- Anlage 05a: Übersichtskarten
- Anlage 05b: Shapefiles
- Anlage 06: Formblatt 234
- Anlage 07: Formblatt 124
- Anlage 08: Eigenerklärung Russlandsanktion
- Anlage 09a: Erklärungen\_nach\_Tariftreue-\_und\_Vergabegesetz\_MV\_Stand\_05-06-2025\_final
- Anlage 09b: Verpflichtungen\_nach\_Tariftreue-\_und\_Vergabegesetz\_MV\_Stand\_05-06-2025\_final
- Anlage 10: Erklärung Kenntnisnahme Zuwendungsvoraussetzungen\_Bund
- Anlage 11: Erklärung Kenntnisnahme Zuwendungsvoraussetzungen\_Land
- Anlage 12: Formblatt 236
- Anlage 13: Formblatt 235
- Anlage 14: Formblatt 211
- Anlage 15: Formblatt 212
- Anlage 16: Formblatt 213
- Anlage 17: Formblatt 221\_222
- Anlage 18: Formblatt 223
- Anlage 19: Formblatt 214
- Anlage 20: Formblatt 225a\_Stoffpreisgleitklausel